

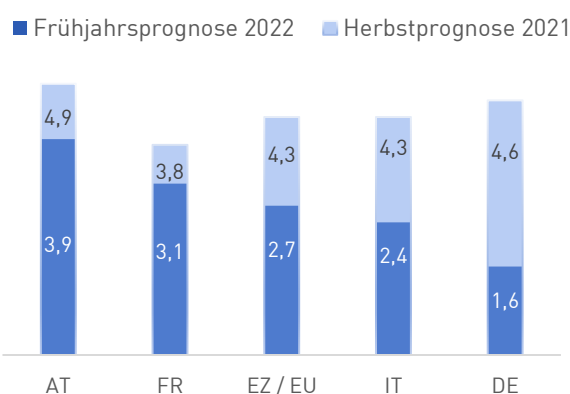


## CHART OF THE WEEK

### EU-WIRTSCHAFTSAUSSICHTEN: GERINGES WACHSTUM, HÖHERE INFLATION

Vor Ausbruch des UA-Krieges waren die wirtschaftlichen Aussichten für die EU auf eine anhaltende und robuste Expansion gerichtet – die Covid-19 Lage verbesserte sich, und es war mit einer Entspannung der Lieferkettenproblematik und nachlassendem Preisdruck zu rechnen. Die jetzige Situation ist eine andere: die Unsicherheit ist wieder stark gestiegen, der Druck auf die Rohstoffpreise verstärkt sich weiter, und die Angebotsunterbrechungen bremsen die Wirtschaftsdynamik.

**Revision des BIP-Wachstums nach unten für 2022**  
BIP real, Veränderung zum Vorjahr in %

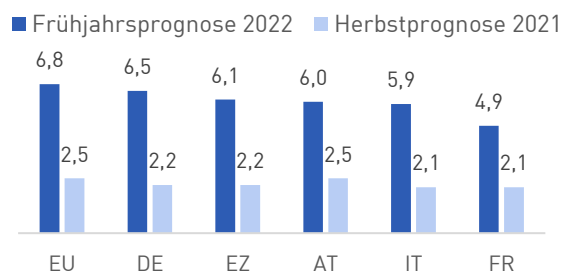


Quelle: EK

Die Betroffenheit der EU durch den UA-Krieg ist eine der größten - aufgrund der geografischen Nähe, der starken Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen und der hohen Integration in globale Wertschöpfungsketten. Die Wirtschaftsdynamik hat in der Folge stark an Momentum verloren. Die Prognose für das BIP-Wachstum in der Eurozone bzw. EU liegt für das Jahr 2022 nun bei 2,7 % - und damit um 1,6 Prozentpunkten tiefer als zuletzt. Für Deutschland soll das BIP-Wachstum um 3 Prozentpunkte schwächer ausfallen, für Österreich um 1 Prozentpunkt.

Die Inflationsprognosen werden hingegen deutlich nach oben korrigiert. In der EU wird im Jahr 2022 eine Allzeithoch-Inflation von 6,8 % erwartet (+4,3 Prozentpunkte gegenüber der EK-Herbstprognose 2021). Österreichs prognostizierte Inflation wird um 3,5 Prozentpunkte nach oben revidiert. Im Prognoseszenario mit einer vollständigen Unterbrechung der Gasversorgung würde das BIP-Wachstum im Jahr 2022 etwa 2,5 Prozentpunkte unter dem Basisszenario liegen, während die Inflation um 3 Prozentpunkte ansteigen würde.

**Inflationsrate 2022: starke Revision nach oben**  
HVPI, Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: EK

Steigende Inputkosten, vor allem für Energie, hatten bereits Ende letzten Jahres begonnen, die Preise unter Druck zu setzen. Die Inflation schmälert die Kaufkraft, der private Konsum sollte bis Ende des Jahres trotzdem leicht über das Niveau vor der Covid-19 Krise steigen. Das Investitionswachstum wird durch steigende Kosten und erhöhte Unsicherheit gebremst, auch schwächen sich die Aussichten für die Auslandsnachfrage ab.

**Fazit:** Die Wachstumsaussichten trüben sich aufgrund der vielseitigen globalen Unsicherheiten weiter ein. Die EZB ist gefordert, auf die Inflation mit geldpolitischen Maßnahmen zu reagieren. Ebenso müssen Teuerungen auf nationaler Ebene mit einer Entlastungsoffensive entgegengewirkt werden.